

(Abgeordneter Deutler.)

(A) allerlei Art, daß wir die Arbeiter- und Soldatenräte hierzu nicht brauchen. Die Industrie wird von der Reichsregierung hinreichend revidiert und wird auch in diesem Punkte revidiert worden sein.

Meine Damen und Herren! Es hat weiter Herr Abgeordneter Lipinski geglaubt, daß die Mißbräuche in unserer Selbstverwaltung, die er hervorgehoben hat, die Existenz der Arbeiter- und Soldatenräte erforderten. Ich bezweifle, daß die Mißbräuche, die er angegeben hat, tatsächlich vorhanden sind. Aber, meine Herren, das hat sich ja unterdessen auch alles geändert; die kommunalen Selbstverwaltungskörper sind ja nach dem demokratischen Programm umgestaltet. Es ist wohl nicht notwendig, daß die demokratischen Selbstverwaltungskörper von den überdemokratischen Arbeiter- und Soldatenräten noch kontrolliert werden.

(Zurufe bei den Unabhängigen.)

Das würde ja ein ganz merkwürdiges Mißtrauen gegen diese demokratischen Verwaltungskörper bedeuten.

Meine Damen und Herren! Ich halte also die Arbeiter- und Soldatenräte für überflüssig und glaube, daß ihr schneller Abbau notwendig ist. Wir erwarten von der Regierung, daß sie uns über die Tätigkeit, die von vielen Seiten so gepriesenen Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte einmal einen Bericht gibt, auch über die finanzielle Gebarung dieser Arbeiter- und Soldatenräte.

(B) Meine Damen und Herren! Ich komme nunmehr zu dem Sozialisierungsantrag. Wir hatten nicht erwartet, daß heute die große Sozialisierungsdebatte beginnen würde. Ich habe den Standpunkt unserer Partei über diesen Antrag dahin kundzugeben, daß wir gegen den Antrag stimmen werden. Wir halten eine solche Resolution, die die Wirtschaftspolitik unseres Gliedstaates für unabsehbare Zeit festlegen soll, für praktisch vollständig wertlos. Würde die Kammer diese Resolution heute beschließen und diese oder eine spätere Volkskammer sich an die Resolution nicht kehren, dann ist die Resolution eben, was sie ist — ein Stück Papier. Die Volkskammer braucht sich nicht daran zu kehren, weder wir, noch eine spätere Kammer; es ist eine papierne Resolution. Die Resolution wird aber auch nach unserer Meinung nicht den Erfolg haben, der ihr gestern im Ausschuß zugesprochen worden ist, daß sie die Massen beruhigt. Wir glauben nicht, daß sich die Massen durch derartige Beschlüsse der Sächsischen Volkskammer beruhigen lassen. Meine Herren! Die Massen wollen anderes, die wollen, daß ihre augenblicklichen Wünsche befriedigt werden, und diese augenblicklichen Wünsche gehen nicht auf Herstellung solcher Resolutionen. Es wird

(C) aber, wie schon Herr Kollege Dr. Kaiser gesagt hat, durch diese Resolution eine sehr bedauernde Beunruhigung in unsere Unternehmerkreise getragen. Diese Beunruhigung wird wirtschaftlich schwere Nachteile haben, denn welcher Unternehmer soll heute irgend etwas tun, was auf eine Erweiterung und Verbesserung seiner Betriebe hinausläuft. Man scheut sich, einen Nagel in seinem Betriebe einzuschlagen, wenn man nicht weiß, ob morgen nicht die Sozialisierung kommt und diesen Betrieb enteignet.

Auch die Gefahr der Abwanderung, meine Damen und Herren, wollen Sie nicht unterschätzen. Herr Abgeordneter Lipinski sagt: Nun, was wandert ab? Es wandern die Maschinen ab und die Geldsäcke. Nein, meine Damen und Herren, so ist die Sache nicht. Die Erweiterungspläne, die stets in der Industrie vorhanden sind und die auch heute nicht tot sind, werden ihre Richtung verändern, wenn Sachsen der Experimentierstaat des Sozialismus ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer wird denn heute in Sachsen noch seinen Betrieb vergrößern, wer wird nicht lieber sagen: Da gehe ich mit meinem Betrieb irgendwo anders hin? Meine Damen und Herren! Es wandern nicht bloß die Maschinen und die Geldsäcke aus, es wandert auch unsere Intelligenz, es wandern auch die Arbeiter, wenn sie in Sachsen keine Arbeit mehr finden.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Es ist auch das schon gesagt worden, aber ich muß es noch einmal betonen: Die Reichsregierung wird uns wahrscheinlich den Weg, den die Resolution gehen will, nicht gestatten; auch andere Reichsgesetze stehen meiner Überzeugung nach der Ausführung dieser Resolution entgegen. Ich will aber die juristischen Bedenken aus anderen Reichsgesetzen hier nicht weiter erörtern; in erster Linie und hauptsächlich wird die Reichsverfassung uns den Weg verlegen.

Meine Herren! Wir lehnen auch aus sachlichen Gründen die Resolution ab. Wir sind und wir waren stets — es wird uns niemand in dieser Beziehung der Inkonsequenz beschuldigen —, wir sind und waren stets Gegner der allgemeinen Sozialisierung unserer Wirtschaft. Meine Herren! Es liegt mir fern, heute unseren Standpunkt in dieser Beziehung ausführlich begründen zu wollen. Es ist ja schon sehr viel über Sozialisierung gesprochen worden. Wir werden aber die erste Gelegenheit ergreifen, über diesen Punkt Ihnen noch ausführlichere Darlegungen zu machen. Wir sind bereit, konkrete Sozialisierungspläne, die die Regierung uns vorlegt, gewissenhaft zu prüfen, und wir

(A)

(D)